

Bischof Dr. Franz-Josef Overbeck

Festung Europa – Abschottungs- oder Willkommenskultur?

Gemeinsamer Jahresempfang der EKD und des
Kommissariates der Deutschen Bischöfe,
Haus der EKD in Brüssel, Montag, 7. Dezember 2015, 19:00 Uhr,

Exzellenzen,

sehr geehrte Abgeordnete des Europäischen Parlaments,

Vertreter der Kommission und des Rates, der Landesvertretungen,

meine Damen und Herren,

1.

das Jahr 2014 sah knapp 60 Millionen Menschen - die Hälfte hiervon Kinder - weltweit auf der Flucht, die höchste Anzahl Flüchtlinge seit dem Ende des 2. Weltkrieges. Nach Angaben der UN waren 38 Millionen hiervon in ihren Herkunftsländern auf Schutzsuche, 2 Millionen beantragten Asyl in fremden Aufnahmestaaten, weitere 20 Millionen flüchteten ins Ausland. Wir Europäer haben leidvolle Erfahrungen mit Krieg, Gewalt, Flucht und Vertreibung gemacht. Sie sind Teil unserer europäischen Identität. Allein nach dem Ende des 2. Weltkriegs hatten 20 Millionen Europäer - Polen, Tschechen, Slowaken, Weißrussen, Ukrainer, Litauer, Ungarn und Deutsche - ihre Heimat verloren. Die Menschen, die heute auf der Suche nach Zuflucht an unseren Grenzen stehen, haben genau diese Gräueltaten am eigenen Leib erlitten.

Die zentrale Antwort der Kriegsgeneration auf die Erfahrung des 2. Weltkrieges war die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl - der Vorgängerin unserer heutigen Europäischen Union. Ihre Triebfeder skizzierte Robert Schuman in seiner berühmten Rede vom 9. Mai 1950 mit dem Ausdruck der „Solidarität der Tat“. Die Europäische Integration zielte also von Anfang an darauf ab, Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten zu schaffen. Heute finden wir den Begriff der Solidarität in einer ganzen Reihe zentraler Vorschriften in den Europäischen Verträgen, die das Handeln der EU-Mitgliedstaaten untereinander und der Europäischen Union nach außen bestimmen sollen. Gemeinsam mit der Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte, der Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und

Demokratie bildet sie den Kern unserer europäischen Wertegemeinschaft und unseres Zusammenhalts.

Dieser Zusammenhalt ist in den vergangenen Jahren mehrfach und hart auf die Probe gestellt worden. Die Bewältigung der Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise in Europa hält uns seit langem und bis in dieses Jahr hinein beschäftigt. In der Mitte dieses Jahres 2015 brachte die sog. Griechenlandkrise die Euro-Gruppe zum Erzittern. Jede dieser Krisen hat in unterschiedlichen Bezügen die Frage nach der richtigen Balance aus Solidarität und Eigenverantwortung in der Europäischen Union mit eigener, enormer Dynamik aufgeworfen. Über die Antworten debattierte eine neue europäische Öffentlichkeit. Der Tonfall dieser Diskussion wurde allerdings zuletzt schrill. Längst vergessen geglaubte Vorurteile gegenüber unseren europäischen Mitbürgern haben wieder Konjunktur, in vielen EU-Mitgliedstaaten sind rechte und populistische Strömungen in bedenklichem Maße erstarkt. Dies alles gibt Anlass zur Sorge um unser gemeinsames europäisches Haus.

2.

Heute sehen wir uns in Europa einer weiteren, vielleicht noch größeren Herausforderung gegenüber, die der Frage nach Solidarität eine neue Dimension verleiht, die aber auch zusätzlich Fragen nach unserer Identität und unserer Humanität neu stellt. Allein in den ersten acht Monaten dieses Jahres, in denen die europäische Aufmerksamkeit gebannt von Euro-Krisengipfel zu Euro-Krisengipfel sprang, haben nach Angaben des UNHCR mindestens 2750 Menschen auf ihrer Flucht über das Mittelmeer ihr Leben verloren oder wurden als vermisst gemeldet. In Deutschland wird gerne der Eindruck erweckt, als hätte uns die sogenannte „Flüchtlingskrise“ erst in diesem Jahr ereilt. Sicher, während im Jahr 2014 etwa 660.000 Menschen Asyl in der Europäischen Union beantragten, waren es bis Ende September 2015 bereits 890.000, also ein deutlicher Anstieg. Doch denken wir einmal zurück an die letzten Jahre und die immer wiederkehrenden Meldungen und Bilder kenternder Flüchtlingsboote auf dem Mittelmeer. Erinnern wir uns an den Besuch von Papst Franziskus auf Lampedusa im Juli 2013 und seinen flammenden Appell gegen die „globalisierte Gleichgültigkeit“. Belastbare Zahlen der auf ihrer Flucht über das Mittelmeer umgekommenen Menschen gibt es kaum - die Dunkelziffer ist hoch. Manche gehen von bis zu 40.000 Toten aus.

Die vielen ertrunkenen Flüchtlinge offenbaren nicht nur unvorstellbare Nöte von Menschen, sondern belegen zugleich das Scheitern politischer Systeme und unserer deutschen wie europäischen Außen- und Flüchtlingspolitik. Der sprunghafte Anstieg der Flüchtlingszahlen im vergangenen Jahr und seine Folgen haben dazu beigetragen, dass die Defizite des Dublin-System für alle sichtbar wurden. Was viele aber wohl unterschätzt haben, war, dass der Zusammenbruch des Dublin-Systems eine tiefgehende Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten über den erforderlichen Umfang der innereuropäischen Solidarität bei der Aufnahme von Flüchtlingen zu Tage treten ließ. Auch traten weitere Differenzen zwischen den EU-Mitgliedstaaten zu Tage, die den Umgang mit Menschen auf der Flucht und die Integration von Menschen aus nicht-europäischen Kulturkreisen betreffen.

Ich denke, wir haben es in manchen europäischen Regelungsbereichen - hierzu gehört auch die gemeinsame Asyl- und Flüchtlingspolitik - versäumt, die Gründungslehren unserer Europäischen Union hinreichend ins Werk zu setzen: Die Europäische Union funktioniert nur in Solidarität - nach innen wie nach außen - und auf dem Fundament unserer gemeinsamen Werte. Unsere Union ist „in dem Bewusstsein ihres geistig-religiösen und sittlichen Erbes“ „auf die unteilbaren und universellen Werte der Würde des Menschen, der Freiheit, der Gleichheit und der Solidarität“ gegründet, so die Präambel der Europäischen Grundrechtecharta. Von diesem europäischen Geist getragen brauchen wir heute einmal mehr Robert Schumans „Solidarität der Tat“, das heißt konkret: eine solidarische europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik.

Denn, so lehrt es uns Papst Franziskus, wir müssen die Menschen, die an den Rändern, an den Peripherien unserer Gesellschaft leben, in den Blick nehmen. Deshalb müssen wir den üblichen Blick, die Wirklichkeit von ihrer Mitte her zu betrachten, um eine neue Komponente ergänzen. D.h. wir müssen lernen, Europa und Deutschland von den Rändern her zu denken, von den Menschen auf der Flucht, den Armen und Bedürftigen aus.

3.

Wir leben in einer neuen Zeit, die geprägt ist von rasantem Wandel, in der die Welt über Digitalisierung, globale Wirtschafts-, Investitions- und Informationsströme, weltweite Mobilität sowie Migrations- und Flüchtlingsbewegungen näher und näher zusammenrückt und unsere Schicksale miteinander verwebt. Die hiermit einhergehenden Veränderungen machen vielen Menschen Angst, sie erzeugen ein Gefühl der Überforderung und das lässt

manche mit Ablehnung sowie innerer und zuweilen auch äußerer Abschottung von dem Fremden reagieren. Auch diese Menschen dürfen wir nicht allein lassen. Mit der Europäischen Union verhält es sich nicht anders.

So wird ein Schwerpunkt der Debatte um den Umgang mit Flüchtlingen auf die Begrenzung der Anzahl von Flüchtlingen, die in Europa Aufnahme finden, gelegt. Es ist sicherlich richtig, dass Europa seine Außengrenzen besser sichern muss, damit die Schengen-Regelungen und damit ein Kernbestand europäischer Errungenschaften nicht hinfällig werden. Doch es bleibt die Frage wie. Manche Mitgliedstaaten haben an den EU-Außengrenzen Zäune aufgezogen, bspw. Bulgarien und Griechenland jeweils zur Türkei und jüngst Ungarn zu Serbien. Jedoch hat sich gezeigt, dass das mit diesen Zäunen verfolgte Ziel nicht erreicht werden kann. Die Zäune zeigen ihre Wirkung nur direkt vor Ort, die Flüchtlinge weichen auf andere Routen aus. Allein die Befestigung unserer Außengrenzen wird nicht dazu beitragen, die Zahl der Menschen, die Schutz bei uns suchen, nachhaltig zu verringern. Dazu bedarf es vielmehr einer breiten politischen Strategie mit vielen verschiedenen Einzelmaßnahmen, angefangen von der stärkeren Bekämpfung der Fluchtursachen über die Verstärkung unseres humanitären Engagements in der direkten Nachbarschaft der Krisenherde bis hin zur Frage einer schnelleren Bearbeitung der Asylfälle bei uns und einer konsequenteren Rückführung abgelehnter Asylbewerber.

Doch trotz aller Notwendigkeit, die Flüchtlingsströme zu lenken und zu begrenzen, kann es nicht das Ziel sein, Europa zu einer „Festung“ auszubauen, deren erstes Ziel es ist, Menschen um jeden Preis davon abzuhalten hierherzukommen. Solche Zustände dürfen nicht das Gesicht der Europäischen Union prägen. Es nicht hinnehmbar, dass Menschen auf dem Weg nach Europa aufgrund unserer Abschottung ihr Leben verlieren – sei es im Mittelmeer oder in LKWs auf der Autobahn. Deshalb muss die Sicherung von Menschenleben im Mittelpunkt stehen, erst an zweiter Stelle kommt dann die Frage, ob derjenige auch ein Recht hat, dauerhaft hierzubleiben.

Deshalb sollte stärker darüber nachgedacht werden, schutzsuchenden Menschen legale Zugangswege in die Europäische Union zu eröffnen. Auch die Bekämpfung von Schlepper- und Schleuserbanden lässt sich wohl am effektivsten durch die Schaffung von sicheren Zugangswegen nach Europa bekämpfen. Denn es bestünde für viele Schutzsuchende keine Notwendigkeit mehr, die „Dienste“ von Schleppern und Schleusern in Anspruch zu nehmen,

wenn sie über die Erteilung von humanitären Visa oder im Wege des Resettlement oder humanitärer Aufnahmeprogramme Schutz erlangen könnten. Langfristig brauchen wir allerdings ein einheitliches europäisches Asylsystem, das sicherstellt, dass in den Mitgliedstaaten gleichlaufende Entscheidungen getroffen werden, sowohl hinsichtlich sicherer Zugangswege als auch bei der Durchführung des Asylverfahrens. Auch eine Liste sicherer Herkunftsstaaten darf die asylrechtliche Entscheidung im Einzelfall nicht außer Kraft setzen.

Wir in Europa, vor allem wir Christen haben die Aufgabe zu zeigen, dass wir nicht für Abschottung und Selbstbehauptung stehen, sondern dass wir Räume des Willkommens und der Freundschaft für Menschen auf der Suche nach Schutz ihrer Würde, nach Sicherheit, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit schaffen können und wollen. Denn das sind die Gründungswerte unserer Europäischen Union, verwurzelt in unserer christlich geprägten Kultur, die die tragenden Ideen und Werte der Antike aufgenommen und integriert hat, denen durch Jesus Christus und sein Evangelium neue Vorzeichen gegeben wurden. Erst Solidarität und Nächstenliebe machen Freiheit, Recht und Gerechtigkeit zu wahrhaft menschlichen Werten. Diese Werte den Schutzsuchenden, den Bedürftigen und Armen erfahrbar zu machen, das ist eine Willkommenskultur, die im Sinne von Papst Franziskus von den Grenzen und Rändern her denkt.

4.

Deutschland hat in den letzten Jahren im Rahmen von humanitären Aufnahme- und Resettlement-Programmen viele Flüchtlinge direkt aus den Krisengebieten aufgenommen. Auch hat es für vergleichbare Maßnahmen bei den anderen EU-Mitgliedstaaten geworben. Dies haben wir Kirchen sehr begrüßt, genauso wie die Aufnahmebereitschaft, die Deutschland über viele Monate gerade gegenüber syrischen Flüchtlinge gezeigt hat, und das große Maß von Solidarität, Hilfsbereitschaft und Mitgefühl, das so viele Deutsche und Bürger anderer EU-Mitgliedstaaten den Flüchtlingen gegenüber gezeigt haben und zeigen.

Doch in der Vergangenheit war es mit europäischer Solidarität nicht weit her. Auch Papst Franziskus hat uns in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament am 25. November 2014 auf das „Fehlen gegenseitiger Unterstützung innerhalb der Europäischen Union“ deutlich hingewiesen. Einerseits haben die nördlicheren Staaten die seit Jahren wiederkehrenden Rufe der Mitgliedstaaten an der südlichen EU-Außengrenze nach europäischer Solidarität und Überarbeitung des Dublin-Systems nicht ernst genommen. Andererseits haben die Staaten, die

von den ankommenden Flüchtlingen in einer wesentlich geringen Zahl als heute betroffen waren, die Flüchtlinge einfach rechtswidrig in andere Länder durchgewunken.

Die Mitgliedstaaten an den EU-Außengrenzen mit der aktuellen Situation allein zu lassen, ist genauswenig solidarisch wie ein Zustand, in dem 5 der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union mehr als 80 - 85 % der Schutzsuchenden aufnehmen. Diskutiert wird deshalb die Einrichtung einer Quotenregelung, nach der die Schutzsuchenden verteilt werden. Die Verteilung der Verantwortung ist sicher der richtige Ansatz. Damit eine solche aber auch Bestand hat und die Integration in die Aufnahmegesellschaft erleichtert wird, sollten etwa bestehende Familienbindungen und Fähigkeiten der Flüchtlinge soweit wie möglich in ein Verteilungssystem einbezogen werden. Ein erster Schritt in die richtige Richtung wurde durch den Beschluss der EU-Innenminister vom 22. September 2015 gegangen. Danach sollen Flüchtlinge aus Syrien, Eritrea und Irak von Italien und Griechenland aus auf andere Mitgliedstaaten verteilt werden. Diese Begrenzung auf bestimmte Flüchtlingsgruppen erklärt den schleppenden Anlauf des Verfahrens und sollte schon aus Gerechtigkeitsgründen überdacht werden.

Damit die verteilten Flüchtlinge dann aber auch in den Mitgliedstaaten bleiben, denen sie zugeteilt wurden ist es notwendig, dass in allen Mitgliedstaaten ähnliche Voraussetzungen hinsichtlich ihrer Versorgung und Perspektive bestehen. Menschen, die wie in Ungarn, Bulgarien oder teilweise auch Italien in die Obdachlosigkeit entlassen werden, werden nicht in diesen Staaten bleiben. Daher sollten für EU-Mitgliedstaaten, die noch nicht über ein funktionierendes Asylsystem verfügen, Anreize in anderen Bereichen der europäischen Politik geschaffen werden, damit sie ein solches aufbauen und Wege bereiten, Flüchtlinge in ihre Gesellschaft aufzunehmen und zu integrieren.

In der Zwischenzeit darf es allerdings nicht dazu kommen, dass in der Europäischen Union ein Wettstreit darüber ausbricht, in welchem Land die Flüchtlinge am Schlechtesten behandelt werden, damit sie in anderen Mitgliedstaaten Zuflucht suchen. Ein solcher Ansatz fügt nicht nur der innereuropäischen Solidarität großen Schaden zu, sondern verletzt die Menschenwürde der Flüchtlinge, die als bloße Verfügungsmasse behandelt werden. Innereuropäische Grenzzäune oder permanente Grenzkontrollen zwischen den Mitgliedstaaten treffen die Europäische Union bis ins Mark. Wir brauchen eine europäische Lösung für eine ganz Europa betreffende Herausforderung.

5.

Die Europäische Union darf nicht zu Festung werden - weder in ihrer Grenzsicherung, noch im Herzen ihrer Bürgerinnen und Bürger. Auf unserem gemeinsamen europäischen Wertefundament kann nur ein Haus stehen, das allen Menschen ihre Rechte auf Unversehrtheit an Leib, Seele und Geist wie auch an Freiheit ermöglicht, das offen und gastfreundlich ist, ein Haus der Begegnung. Dabei ist es die Begegnung mit den Menschen, die zu uns kommen, das gegenseitige Kennenlernen, das uns helfen wird, unsere eigenen Vorurteile und Ängste abzubauen und sie als unsere Brüder und Schwestern zu erkennen und anzunehmen. Die Kirche bejaht die Notwendigkeit politischer Steuerung in der aktuellen Flüchtlingskrise, aber sie unterstreicht vor allem auch die Notwendigkeit, an der Seite der Schwachen und Bedrängten zu stehen. Denn wie steht es mit unserem christlichen Europa, wenn wir – wie es die deutschen Bischöfe in ihrem „Wort zur Hilfe für die Flüchtlinge“ vom 24.09.15 formuliert haben – „Hartherzigkeit an die Stelle von Erbarmen setzen und Abschottung an die Stelle von Gastfreundschaft, wie steht es um unsere christliche Identität, wenn wir Menschen an den Außengrenzen der Europäischen Union ertrinken oder erfrieren lassen? Politische und wirtschaftliche Überlegungen haben ihre Bedeutung. Aber sie dürfen uns nicht davon abhalten, dem Gebot der Nächstenliebe zu folgen“.